



Was fordert Ecopop?

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop will folgende Punkte in die Schweizer Bundesverfassung schreiben:

- Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf aufgrund der Zuwanderung jährlich nur noch um maximal 0,2 Prozent wachsen. Das entspricht 16'000 Personen pro Jahr.
- Die Schweiz reserviert mindestens 10 Prozent ihres Budgets für Entwicklungszusammenarbeit für Verhütungsmassnahmen und Familienplanung. Das entspricht 205 Millionen Franken pro Jahr.
- Internationale Abkommen, welche diesen Forderungen widersprechen, müssen angepasst oder innerhalb von vier Jahren gekündigt werden.

Argumente gegen die Initiative

Die Initiative ist extrem starr und schädlich

- Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative steht fest, dass die Zuwanderung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen beschränkt werden muss. Ecopop nimmt darauf keine Rücksicht und legt eine starre Grenze fest, die keinen Spielraum lässt.
- Die Initiative lässt netto noch ca. 16'000 Einwanderer pro Jahr zu, darunter auch Angeheiratete, zurückkehrende Auslandschweizer und Asylsuchende. Es bleiben kaum Kontingente für Fachkräfte.
- Ab 2030 kommen die «Babyboomer» ins Pensionsalter und können auf dem Arbeitsmarkt durch die nachrückenden Jahrgänge nicht mehr ersetzt werden. Es gibt heute rund 50'000 mehr 50-Jährige als 10-Jährige in der Schweiz. Ecopop verunmöglicht es uns, diese riesige Lücke zu füllen. Damit würgt die Initiative die wirtschaftliche Entwicklung ab.
- Ecopop beschränkt vor allem die Zuwanderung von jungen, arbeitstätigen Menschen. Das gefährdet das Generationen-Gleichgewicht und schadet der Finanzierung wichtiger Sozialwerke. Ohne Zuwanderung wäre das Umlageergebnis der AHV seit 20 Jahren deutlich negativ.
- Der Bundesrat nimmt nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative Gespräche mit der EU auf, um die für die Schweiz enorm wichtigen bilateralen Beziehungen zu Europa zu erhalten. Rund 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen nach Europa – davon hängen sehr viele Arbeitsplätze ab. Die enge Zusammenarbeit mit der EU im Forschungsbereich hat die Schweiz zu einem weltweit führenden Innovationsstandort gemacht. Nach einem Ja zu Ecopop sind die bewährten Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU aber Geschichte und diese Erfolge akut gefährdet.

Die Initiative ist untauglich

- Ecopop will die natürlichen Ressourcen schonen, wählt aber falsche Mittel. Der ökologische Fussabdruck des Mitteleuropäers ist zu gross – egal, ob er in Portugal oder der Schweiz lebt. Verkleinert werden kann der Fussabdruck nicht über eine radikale Zuwanderungspolitik, sondern mit technischem Fortschritt und mehr Effizienz. Das kann nicht vom Staat befohlen werden.
- Die Initianten plädieren für weniger oder gar kein Wachstum. Sie blenden völlig aus, dass sie mit ihren Forderungen auch ein qualitatives Wirtschaftswachstum verhindern, weil die Schweiz für Investitionen in Forschung und Entwicklung unattraktiv wird. Damit werden Innovationen verhindert, die auch der Umwelt nützen.

- Die Initiative beschränkt das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung extrem, lässt aber Grenzgänger ausser Acht. Deren Zahl dürfte entsprechend zunehmen, was in den Grenzkantonen Verkehrsprobleme verursacht und alles andere als umweltfreundlich ist.

Die Initiative ist anmassend

- Andere sollen sich gemäss Initiative beschränken, damit der Lebensstandard in der Schweiz beibehalten werden kann. Wir würden es umgekehrt auch nicht akzeptieren, wenn afrikanische Länder in ihre Verfassungen schrieben, dass Schweizer Familien weniger Kinder haben sollen.
- Der einseitige Fokus auf die Familienplanung ist der falsche Ansatz für die Senkung der Geburtenrate in Entwicklungsländern. Viel wichtiger sind Investitionen in die Bildung - vor allem für junge Frauen -, eine funktionierende Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit
- Bei einem Ja zur Initiative müsste die Schweiz Jahr für Jahr 205 Millionen Franken allein in Aufklärungskurse und das Verteilen von Kondomen investieren. Vielen sinnvollen Projekten zugunsten von sauberem Trinkwasser, Schulen und Spitälern würde so das Geld entzogen.